

Yu-Hsi Nieh

Taiwan: Rückblick auf die Innen- und Außenpolitik 1991

1 Die Innenpolitik

Nach dem traditionellen chinesischen Lunarkalender und den volkstümlichen Jahresbezeichnungen des Zyklus von 12 Tieren (in der Reihenfolge: Ratte, Büffel, Tiger, Hase, Drache, Schlange, Pferd, Ziege, Affe, Hahn, Hund, Schwein) war das nach dem westlichen Kalender am 3. Februar abgelaufene Jahr ein Jahr der Ziege. Die Ziege gilt bei den Chinesen als ein Symbol für Glück und Frieden. Innenpolitisch verlief das Jahr 1991 für Taiwan zwar nicht sehr friedlich, aber auch nicht fatal. Es war ein Jahr voller Spannungen und Entspannungen. Man kann es als ein Jahr des "Bocks" und des "Schafes" bezeichnen.

Die wichtigsten Ereignisse 1991 in Taiwan waren die Verfassungsänderungen und Renovationen der seit 1947/1948 unveränderten staatlichen Parlamentsorgane, die Nationalversammlung, der Gesetzgebungs- und der Kontroll Yuan. Dabei gab es heftige Konflikte zwischen der Regierungspartei Guomindang (Kuomintang, im folgenden GMD) und der Opposition Minjindang (Demokratisch-Fortschrittliche Partei, im folgenden MJD). Während die GMD mit dem Argument der politischen Stabilität, vor allem im Hinblick auf die Reaktionen von Beijing, bei politischen Reformen die chinesische Einheit in der Verfassung und Regierungsgrundstruktur bewahren will, strebt die MJD nach einer neuen Verfassung für die Gründung eines von China abgetrennten Staats Taiwan.

Nach dem Regierungsplan sollen die Verfassungsänderungen in zwei Etappen ausgeführt werden. Vom 8. bis 24. April tagte zunächst die 1947 gewählte 1. Nationalversammlung mit den zumeist betagten Deputierten zum letztenmal, um die sog. "Provisorischen Artikel für die Periode der Mobilmachung zur Niederwerfung der (kommunistischen) Rebellion" (im folgenden PAMNR) - die außerordentlichen Verfassungsbestimmungen und Haupthindernisse für die Demokratisierung - zu ändern. Dabei wurden statt der PAMNR die neuen "Zusatzänderungsartikel der Verfassung der Republik China" (im folgenden ZVRC) verabschiedet, die laut ihrer Präambel für die Zeit vor der nationalen Vereinigung gedacht sind. Als wichtigste Regelung der ZVRC sieht Art. 5 neue Wahlen der drei Parlamentsorgane vor, und zwar für die Nationalversammlung vor Ende 1991 und für den Gesetzgebungs- und Kontroll Yuan vor Ende Januar 1993. So fanden am 21. Dezember 1991 die Wahlen zur 2. Nationalversammlung statt. Die neu gewählten Deputierten werden sich im März 1992 zur Erfüllung der Aufgabe der zweiten Etappe der Verfassungsreform, d.h. Veränderung des eigentlichen Verfassungstexts, versammeln.

Während der Tagung der Nationalversammlung im April 1991 herrschte in der Hauptstadt Taipei große politische Unruhe. Einerseits versuchten die betagten Deputierten ihre Mandate durch neue außerordentliche Verfassungsartikel weiter zu verlängern und

darüber hinaus die Macht der Nationalversammlung zu verstärken, andererseits lehnte die Opposition die Kompetenz solcher Deputierten ohne Wähler für die Verfassungsänderung vehement ab. Sowohl in der Nationalversammlung wie auch im Gesetzgebungs Yuan kam es tagelang zu handgreiflichen Streitereien zwischen den Fraktionen der MJD und der GMD. Dann boykottierten die MJD-Abgeordneten die parlamentarische Arbeit auf allen Regierungsebenen. Auf dem Höhepunkt der Protestaktionen fand eine große Massendemonstration in Taipei statt, an der rd. 30.000 Menschen teilnahmen, 25 Studenten traten in den Hungerstreik.

Unter dem starken Druck der Öffentlichkeit mußten die betagten Delegierten der Nationalversammlung ihre egoistischen Forderungen zurückstellen. Schließlich wurde die Revision der PAMNR unter Fernbleiben der oppositionellen Deputierten am 22. April verabschiedet. In den ZVRC ist neben der Regelung über die Erneuerung der drei staatlichen Parlamentsorgane auch die Macht des Staatspräsidenten hinsichtlich der Notverordnung deutlich eingeschränkt.

Unmittelbar nach der Aufhebung der PAMNR erklärte Präsident Li Deng-hui (Lee Teng-hui) am 30. April offiziell die Beendigung der "Periode der Mobilmachung zur Niederwerfung der Rebellion". Jedoch nur einige Tage darauf erfolgte die Verhaftung von vier jungen Dissidenten wegen des Verdachts der Verbindung zu einer "Gesellschaft für die Unabhängigkeit Taiwans" (im folgenden GUT) mit Sitz in Japan. Einer von ihnen, der Student Liao Weicheng von der Qinghua (Tsinghua)-Universität, wurde in den Morgenstunden des 9. Mai aus dem Studentenheim abgeführt, ohne daß die Sicherheitsbeamten vorher das Rektorat verständigt hatten. Zunächst gab es nur vereinzelte Solidaritätserklärungen von Studenten und Professoren für die Verhafteten. Dann spitzte sich die Lage plötzlich zu, nachdem Polizisten beim Auseinandertreiben eines "Sit-ins" in Taipei einen Professor, Chen Shimeng, heftig geschlagen hatten. Darüber hinaus haben Studenten der Qinghua-Universität einen Geheimdienstangehörigen, der lange Zeit

als Student getarnt Spitzeldienste im Seminar für taiwanesisches Geschichtsbildung durchgeführt hatte, entlarvt. Am 13. Mai wurde eine "Allianz der Intellektuellen gegen politische Unterdrückung" gegründet und eine große Demonstration für den 20. Mai beschlossen. Am 15. versammelten sich bereits über tausend Studenten im Bahnhof von Taipei und veranstalteten dort weitere "Sitzins".

Um noch größeren Unruhen vorzubeugen, hat der Gesetzgebungsrat am 17. Mai von sich aus das Sonderstrafgesetz gegen Rebellion (chengzhi panluan tiaoli) aufgehoben. Gleichzeitig wurden die vier festgenommenen Dissidenten vom Provinzobergericht Taiwan gegen Kaution freigelassen. Am 18. Mai empfing Ministerpräsident Hao Bocun (Hau Pei-tsun) die Rektoren und Professoren mehrerer Universitäten. Damit war der Demonstration der Wind aus den Segeln genommen und konnte trotz radikaler Parolen friedlich verlaufen. Auch die MJD-Abgeordneten nahmen nach einem Boykott ihre parlamentarische Arbeit wieder auf.

Die Versöhnung zwischen den beiden politischen Lagern dauerte jedoch nur kurz. Angesichts der Wahlen zur neuen Nationalversammlung im Dezember wurde die Aufforderung zur Unabhängigkeit Taiwans seitens der Opposition trotz des strengen Verbots nach den geltenden Gesetzen seit Ende August immer deutlicher und lauter. So verabschiedete z.B. am 25. August eine "verfassungsgebende Konferenz" von Oppositionellen einen "Entwurf der Verfassung von Taiwan", der als Staatsnamen "Republik Taiwan" vorsieht. Dieses Dokument nahm am 28. August auch die MJD in ihr Wahlprogramm auf. Am 7. und 8. September fand in Taipei eine Massendemonstration für ein Referendum über den Eintritt Taiwans in die UNO statt, was auch die Schaffung eines unabhängigen Staats Taiwan bedeuten würde. Die MJD führte am 13. Oktober demonstrativ einen Artikel ins Parteistatut ein, der ein Plebiszit der Einwohner über die Gründung einer "sovereänen, unabhängigen Republik Taiwan" befürwortet. Am 25. Oktober fand eine zweite große Massendemonstration für ein Referendum über den Eintritt Taiwans in die UNO in der süd taiwanesischen Metropole Gaoxiong (Kaohsiung) statt, an der wieder über 30.000 Menschen teilnahmen.

Im gleichen Zeitraum (August bis Oktober) kam es darüber hinaus mehrmals zu gewalttätigen Konflikten zwischen radikalen Oppositionellen und den Sicherheitsbehörden. Am 2. September wurde das Hauptbüro der "Organisation der Bewegung für die Gründung eines Staats Taiwan" (im folgenden OBGST) in Taizhong (Taichung) von der Polizei durchsucht, nachdem die Mitglieder der Organisation am 25. und 26. August das Parteibüro der GMD in der Stadt attackiert hatten. Trotzdem veranstaltete die Organisation am 4. September noch eine öffentliche Versammlung, auf der 63 Mitglieder der von der Regierung verbotenen "Allianz für taiwanesisches Selbstbestimmungsrecht" (im folgenden ATU) im Exil (USA) erschienen. Am 20. Oktober wurde in der Hauptstadt Taipei symbolisch ein ATU-Büro in Taiwan gegründet. Mehrere illegal nach Taiwan zurückgekehrte ATU-Führer sowie einige führende Mitglieder der OBGST wurden nacheinander festgenommen. Am 7. Dezember fiel auch der ATU-Vorsitzende Zhang Canhong (George Chang) bei der illegalen Einreise im Flughafen bei Taipei in die Hände der Sicherheitsbehörden. Fünf Tage danach, am 2. Dezember, wurden die obengenannten zuerst verhafteten und dann gegen Kaution freigelassenen Mitläufer der GUT, mit Ausnahme des Studenten Liao Weicheng, vom Obergericht der Provinz Taiwan wegen Rebellion zu Freiheitsstrafen von zehn Monaten bis zwei Jahren verurteilt.

Die MJD wurde vom Innenministerium wiederholt aufgefordert, die oben bereits erwähnte sog. "Taiwan-Unabhängigkeitsklausel" im Parteistatut wieder zu streichen. Sie lehnte dies jedoch trotz Androhung von Parteiauflösung ab und hielt ungeachtet des gesetzlichen Verbots des Separatismus im Wahlkampf zur Nationalversammlungswahl im Dezember an ihrer Wahlparole für die Gründung eines neuen Staats Taiwan fest. Da die neue Nationalversammlung, wie bereits erwähnt, die Aufgabe hat, Verfassungsänderungen durchzuführen, wurde die Wahl allgemein auch wie ein Referendum zur Orientierung über die Zukunft Taiwans betrachtet.

Bei den verschiedenen Wahlen der 80er Jahre hatte die Opposition im Durchschnitt stets einen Stimmenanteil von rd. 30% und die Regierungspartei

einen von rd. 70%. Mit dem Slogan der politischen Unabhängigkeit Taiwans oder der Gründung eines neuen Staats Taiwan hatte die MJD ursprünglich erwartet, diesmal bei der Nationalversammlungswahl mehr Stimmen auf sich vereinigen zu können. Aber zur allgemeinen Überraschung errang sie nur 23,94% der Stimmen, weit hinter den eigenen Hoffnungen auf 30-40%. Hingegen übertraf der Erfolg der Regierungspartei GMD mit einem Stimmenanteil von 71,17% ihre eigenen Erwartungen von 60-66%. Von den 325 neu gewählten Deputierten gehören 66 zur MJD, 254 zur GMD und 5 zu anderen kleineren Gruppierungen. Einschließlich der 1986 gewählten "zusätzlichen Deputierten" hat die GMD insgesamt 318 der 403 Sitze in der neuen Nationalversammlung und damit eine bequeme absolute Mehrheit von 78,91% für die bevorstehende Verfassungsänderung. Die MJD, die mit insgesamt nur 75 Sitzen noch nicht einmal über das für einen Antrag auf Verfassungsänderung benötigte Fünftel der Sitze verfügt, hat ihr politisches Ziel, eine neue Verfassung für die Gründung eines neuen Staates zu schaffen oder zumindest die von der Regierungspartei geplante Teiländerung der bestehenden Verfassung zu stören, so gut wie verfehlt.

Der MJD-Vorsitzende Xu Xinliang (Hsu Hsin-liang) führte die Wahlniederlage seiner Partei auf massiven Stimmenkauf und intensive Medienmanipulation seitens der Regierung und der Regierungspartei zurück. Die MJD hat jedoch eher ihre Stammwähler aus der städtischen Bevölkerung, vor allem aus der intellektuellen und Mittelschicht, verloren, die politisch gut informiert und wohlhabend sind. Besonders in Xus Heimatkreis Taoyuan erlitt seine Partei ein vernichtendes Wahldebakel. Die allgemeine Meinung ist, daß die Mehrheit der Wähler die Politik der GMD mit der Wahlparole "Reform, Stabilität und Prosperität" bestätigt hat. Die Forderung der MJD zur Gründung eines neuen Staats wurde hingegen offenbar von den meisten Wählern als unzweckmäßig und gefährlich empfunden, weil Beijing Taiwan stets militärische Angriffe für den Fall einer Abtrennung der Insel von China angedroht hat. Außerdem wollen viele taiwanesischen Unternehmer im Hinblick auf den großen Markt des chinesischen

Festlands die seit einigen Jahren sich rapide entwickelnden Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße nicht gestört sehen.

Auf die relativ friedliche Beendigung aller politischen Konflikte und den gewiß ruhigen Ausgang der historischen Nationalversammlungswahl im Jahr der Ziege zurückblickend, gewinnt man den positiven Eindruck, daß die Demokratie in Taiwan bereits Wurzeln schlägt.

2 Die Chinapolitik

In den "chinesisch-chinesischen" Beziehungen zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße gab es im abgelaufenen Jahr der Ziege ebenfalls Spannungen und Entspannungen. Am 23. Februar verabschiedete das Komitee für Nationale Vereinigung unter dem Präsidialamt ein Programm zur nationalen Vereinigung. Das Programm sieht zur Verwirklichung der chinesischen Wiedervereinigung drei Etappen vor. Kurzfristig sollen beide Seiten durch Kontakte die Verständigung fördern und auf der Basis des gegenseitigen Vorteils die Feindseligkeiten aufweichen. Allerdings beschränken sich die Kontakte in der ersten Etappe auf die inoffizielle Ebene. Was die offiziellen Beziehungen in der ersten Etappe zur Vereinigung anbetrifft, wird in dem Programm gefordert, daß beide Seiten einander als ein "politisches Gebilde" anerkennen und daß die Sicherheit und Stabilität der anderen Seite nicht gefährdet werde. Gemäß dem Prinzip nur eines chinesischen Staates sollen beide Seiten alle Konflikte auf friedlichem Wege lösen und sich einander in der internationalen Gesellschaft respektieren und nicht gegenseitig verdrängen.

Mittelfristig, d.h. in der zweiten Etappe, sollen offizielle und gleichberechtigte Kontakte zwischen beiden Seiten aufgenommen werden. Dies schließt direkte Post-, Verkehrs- und Handelsverbindungen sowie gegenseitige Besuche auf hoher Ebene ein. Außenpolitisch sollen sich beide Seiten auf der Basis von Konsultationen und Zusammenarbeit an internationalen Organisationen und Aktivitäten beteiligen.

Langfristig, in der dritten Etappe, sollen beide Seiten eine Konsultationsorganisation gründen, die entsprechend

den Wünschen der Bevölkerung beider Seiten und gemäß den Prinzipien politischer Demokratie, freier Wirtschaft, sozialer Gerechtigkeit und staatlicher Kontrolle der Streitkräfte über die große Aufgabe der Vereinigung des Landes berät und eine Verfassung zur Gründung eines chinesischen Reiches in Demokratie und Freiheit und Wohlstand für alle ausarbeitet.

Einen genauen Zeitplan für die chinesische Wiedervereinigung sowie für die einzelnen Etappen sieht das Programm nicht vor. Die erste Etappe hat praktisch jedoch schon längst begonnen und nahm 1991 einen bemerkenswerten Aufschwung. Wie bereits erwähnt, wurden die PAPMNR am 22. April durch die Nationalversammlung aufgehoben, und am 30. April erklärte Präsident Li Denghui offiziell die Beendigung der "Periode der Mobilmachung zur Niederwerfung der (kommunistischen) Rebellion". Zugleich machte Ende April/Anfang Mai eine 15köpfige Delegation der neugegründeten halbamtlichen Organisation "Haixia Jiaoliu Jijinhui" (Stiftung für den Austausch beider Seiten der Taiwan-Straße, im folgenden HJJ), die sich im Auftrag der Regierung mit den praktischen Angelegenheiten des Kontakts mit dem chinesischen Festland beschäftigen soll, einen 7tägigen Besuch in Beijing. Vor der Reise hatte es Gespräche zwischen der Delegation und Ministerpräsident Hao Bocun gegeben. In Beijing wurde die Delegation vom Büro für Taiwanische Angelegenheiten unter dem Staatsrat, vom Ministerium für Außenwirtschaftliche Beziehungen und Handel, vom Ministerium für Kultur sowie vom Nationalen Fremdenverkehrsamt empfangen. Man bezeichnete die Reise als ein historisches Ereignis oder als offiziellen Auftakt der ersten Etappe des Programms zur nationalen Vereinigung, denn davor hatte es lediglich Kontakte zwischen Rot-Kreuz- sowie Handelsorganisationen beider Seiten gegeben.

Zunächst war für Beijing auch die HJJ formell nichts anderes als eine der zahlreichen privaten Institutionen wie das Rote Kreuz oder andere Handelsorganisationen Taiwans. Das Programm zur nationalen Vereinigung sowie die Beendigung der "Periode zur Niederwerfung der Rebellion" auf taiwanesischer Seite wurden in Beijing ebenfalls ohne große Begeisterung aufgenommen. Man begrüßte zwar

Taipeis politische Entscheidung für die friedliche nationale Vereinigung, kritisierte jedoch die fortdauernde Verweigerung der Aufnahme direkter Post-, Reise- und Handelsverbindungen zwischen beiden Seiten, die Beijing seit 1979 immer wieder fordert. Die Forderung nach gegenseitiger Anerkennung als "politisches Gebilde" wurde abgelehnt. Zwar spricht Beijing von "einem Staat, zwei Systemen", will dabei aber Taipei nur als eine Regionalregierung anerkennen und infolgedessen nur gleichberechtigte Verhandlungen zwischen den zwei Parteien, KPCh und GMD, akzeptieren.

Die Hemmnisse in den offiziellen Beziehungen auf der einen Seite und die drastische Entwicklung der indirekten und privaten Verbindungen auf der anderen bereiteten sowohl Beijing als auch Taipei immer mehr Schwierigkeiten hinsichtlich der Rechtsfragen, vor allem in bezug auf die Bekämpfung der Schmuggelkriminalität und bei Konflikten der Fischer beider Seiten in der Taiwan-Straße. Im März wurden drei taiwanische Polizeibeamte bei der Kontrolle eines Fischerbootes auf das chinesische Festland und im Juni wiederum sechs Zollbeamte des chinesischen Festlands bei der Kontrolle eines Frachters unter panamaischer Flagge nach Taiwan entführt. Am 21. Juli wurden 18 Fischer aus der Provinz Fujian, die nahe der taiwanesischen Küste mit Fischern aus Taiwan in gewalttätige Auseinandersetzungen geraten waren, von der taiwanesischen Marine festgenommen und sieben von ihnen vor Gericht gestellt. Beijing schickte daraufhin eine aus zwei Vertretern des Roten Kreuzes und zwei Journalisten bestehende Delegation nach Taiwan. Im Hinblick auf die Souveränitätsfrage lehnte Taiwan eine Verhandlung mit der Delegation kategorisch ab und ließ sie nur für einen kurzen Besuch bei den Gefangenen einreisen. Dennoch galt dies als ein neues historisches Ereignis, weil zum erstenmal seit der politischen Trennung beider Seiten 1949 quasi-offizielle Vertreter vom chinesischen Festland den Fuß auf den Boden Taiwans setzten.

Am 24. April stellte Beijing den Propagandakrieg per Lautsprecher an der Front gegenüber der von Taiwan besetzten Insel Jinmen (Kinmen, Quemoy) ein, wiederholte jedoch angesichts der zunehmenden Aktivitäten der taiwanesischen Opposition für die

Gründung eines neuen Staates die Androhung militärischen Eingreifens für den Fall einer Unabhängigkeit Taiwans von China. Kurz vor den Wahlen zur Nationalversammlung in Taiwan zeigte es plötzlich überraschend Interesse an den von Taipei initiierten halbamtlichen Kontakten. So wurde Anfang November eine Delegation der HJJ zu Gesprächen über die Bekämpfung der Schmuggel- und anderer krimineller Aktivitäten in der Taiwan-Straße nach Beijing eingeladen. Am 16. Dezember wurde in Beijing ebenfalls eine halbamtliche Organisation - "Haixia-liangan Guanxi Xiehui" (Association for Relations Across the Taiwan Straits) - gegründet, also eine Partnerin der HJJ, die sich ebenfalls im Auftrag der Regierung den praktischen Angelegenheiten zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße sowie der chinesischen Vereinigung widmen soll.

3 Die Außenpolitik

Im Vergleich zum Jahr des Pferdes (1990) konnte Taiwan im Jahr der Ziege nicht so viele außenpolitische Erfolge verbuchen. Am 8. Juli wurden volle diplomatische Beziehungen zur Zentralafrikanischen Republik (ZAR) aufgenommen. Schon 1962 hatte erstmals der offizielle Botschafteraustausch stattgefunden, doch vier Jahre später, 1966, als der afrikanische Staat die VR China anerkannte, brach er seine diplomatischen Beziehungen zu Taiwan wieder ab. 1968 wurden die diplomatischen Beziehungen zu Beijing wieder abgebrochen und zum zweitenmal Beziehungen zu Taiwan aufgenommen. 1976 wiederholte sich das Hin und Her: die VR China wurde abermals anerkannt und die diplomatischen Beziehungen zu Taiwan abgebrochen. Nach der erneuten Aufnahme der vollen diplomatischen Beziehungen zwischen Bangui und Taipei hat Beijing von sich aus erneut die diplomatischen Beziehungen zu der Zentralafrikanischen Republik abgebrochen.

Bei der Unterzeichnung des Gemeinsamen Kommuniqués zur erneuten Aufnahme diplomatischer Beziehungen in Taipei sagte der Außenminister der ZAR, Laurent Gomina-Pampali, daß seine Regierung sich für die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen mit Taipei entschieden ha-

be, weil die Zusammenarbeit mit Taiwan der Wirtschaft seines Landes förderlich sei.

Nach Auflösung des Ostblocks und der Sowjetunion bemühte sich Taiwan, durch Anbieten von großzügigen Finanzhilfen politische Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten und GUS-Republiken anzuknüpfen. Im November besuchte Vizeaußenminister Zhang Xiaoyan (John Chang) die drei baltischen Länder, wobei die Aufnahme offizieller bzw. halboffizieller Handelsbeziehungen vereinbart wurde. Mitte Dezember hielt sich der lettische Außenminister Janis Jurkans zu einem offiziellen Besuch in Taipei auf. Am Ende seines Besuches wurden durch Notenaustausch beider Seiten offizielle Handelsbeziehungen aufgenommen. Das taiwanesisches Handelsbüro in Riga bekam damit vollen diplomatischen Status und wurde zur "Mission der Republik China" umbenannt. Lettland hatte wie die beiden anderen baltischen Staaten Estland und Litauen bereits im September 1991 diplomatische Beziehungen zu Beijing aufgenommen.

Außenminister Jurkans wurde in Taipei von Präsident Li Denghui empfangen. Jurkans sagte, nach Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden Seiten werde er Präsident Li zu einem Besuch nach Lettland einladen. Zur Frage über den Zeitpunkt der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Taipei und Riga antwortete er, das hänge u.a. von der Höhe der Wirtschaftshilfe Taiwans an Lettland ab. Das Außenministerium von Taipei ist optimistisch über die weitere Entwicklung der beiderseitigen Beziehungen.

Einschließlich der Zentralafrikanischen Republik (aber ohne Lettland) unterhalten zur Zeit 29 Länder diplomatische Beziehungen mit der Republik China in Taiwan, davon 16 in Lateinamerika, 7 in Afrika, 4 im südpazifischen Raum, jeweils eines in Asien und Europa. Um die letzte starke Bastion im diplomatischen Kampf mit Beijing zu festigen, machte Vizepräsident Li Yuancu (Lee Yuan-zu) vom 18. bis 28. August eine Tour durch Mittelamerika. Er besuchte Costa Rica, Nicaragua und Honduras und versprach ihnen Entwicklungshilfe von jeweils 30 Mio. US\$.

Mit "Gelddiplomatie" wirbt Taiwan nicht nur um arme Entwicklungsländer, sondern auch um reiche Industriestaaten. Japaner, Nordamerikaner und Westeuropäer streben eifrig nach Aufträgen, die im neuen taiwanesischen Sechsjahresplan (1991-1996) mit einer Gesamtinvestition von 8.200 Mrd. NT\$ (umgerechnet nach dem derzeitigen Wechselkurs über 532 Mrd. DM) vorgesehen sind. Eine 28köpfige französische Wirtschaftsdelegation unter der Leitung des Industrieministers Roger Fauroux hielt sich vom 5. bis 10. Januar 1991 in Taiwan auf. Es war der erste Besuch eines französischen Ministers dort seit Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Paris und Taipei 1964 infolge der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Paris und Beijing.

Neben der Teilnahme an der Konferenz für Wirtschaftszusammenarbeit beider Seiten hat Minister Fauroux Gespräche mit Taipeis Wirtschaftsminister Xiao Wanchang (Vincent C. Siew), Außenminister Qian Fu (Fredrick F. Chien), Ministerpräsident Hao Baicun und Staatspräsident Li Denghui geführt. Li Denghui bezeichnete den Besuch der französischen Delegation als einen neuen Meilenstein in den Beziehungen zwischen Taipei und Paris. Fauroux äußerte sich in der Öffentlichkeit jedoch sehr zurückhaltend über die politische Bedeutung seines Besuches.

Frankreich, das den Auftrag für den Bau der U-Bahn in Taipei bereits erhalten hat, bemüht sich darüber hinaus auch um Beteiligung an mehreren anderen Großbauprojekten in Taiwan, wie z.B. an einem neuen Kernkraftwerk, einer Hochgeschwindigkeitsbahn, an Umweltschutzeinrichtungen sowie an der Entwicklung der Raumfahrtforschung im Rahmen des neuen Sechsjahresplans. Paris war auch an den Verkauf von Kriegsschiffen an Taiwan interessiert gewesen - das Geschäft scheiterte jedoch schließlich am scharfen Protest aus Beijing. Am 10. Januar 1991 hatte der Sprecher des Beijinger Außenministeriums den Besuch von Industrieminister Fauroux in Taiwan öffentlich verurteilt: er sei eine Verletzung der diplomatischen Beziehungen zwischen Paris und Beijing sowie ein Widerspruch zu der von der französischen Regierung zugesagten "Ein-China-Politik".

Sorgen bereitet der Regierung in Taipei ihre diplomatischen Beziehungen zu Pretoria und Seoul. Im letzten Oktober war der südafrikanische Außenminister Botha nach einem Besuch in Taipei anlässlich des 80. Nationalfeiertags der Republik China heimlich weiter nach Beijing gereist. Dies löste Spekulationen über einen möglichen Kurswechsel der Chinapolitik Südafrikas aus, d.h. Anerkennung der VR China mit dem zwangsläufigen Abbruch der bestehenden Beziehungen zu Taipei. Allerdings stattete Südafrikas Präsident Frederik Willem de Klerk Taiwan noch im November einen Staatsbesuch ab. Vor der Presse betonte Präsident de Klerk die unverbrüchliche Treue zu den "alten Freunden" in Taiwan. Südafrika werde in den diplomatischen Beziehungen mit Taipei nichts ändern, solange er Einfluß auf die politischen Entscheidungen seines Landes habe. Er räumte aber ein, daß sein Land im eigenen Interesse Handel mit dem chinesischen Festland betreiben wolle.

Seoul hat bereits offen angekündigt, diplomatische Beziehungen zu Beijing aufzunehmen. Dies ist nur deswegen bislang noch nicht in die Tat umgesetzt, weil Beijing mit Rücksicht auf Nordkorea als engsten Verbündeten die Annahme des südkoreanischen Angebots hinauszögert. Unter den Staaten, die mit Taiwan diplomatische Beziehungen unterhalten, haben nur Südafrika und Südkorea noch ein gewisses Gewicht in der Weltpolitik. Gerade im Jahr der Ziege haben sie sich für Taiwan nun von treuen antikommunistischen Verbündeten zu "schwarzen Schafen" gewandelt.

Durch Vermittlung der südkoreanischen Regierung ist Taipei kürzlich neben Beijing und Hongkong der internationalen Organisation APEC (Asia-Pacific Economic Cooperation) beigetreten. An der 3.Jahrestagung der APEC auf Ministerebene, die vom 12. bis 14.November in der südkoreanischen Hauptstadt Seoul stattfand, nahmen drei chinesische Delegationen teil. Abgesehen von der Asiatischen Entwicklungsbank (ADB), in der Taipei nach dem Eintritt Beijings (1986) mit von "Republik China" in "Taipei, China" geänderten Namen weiter verbleibt, sind zum erstenmal Delegierte Beijings, Taipeis sowie Hongkongs zu-

gleich in einer internationalen Organisation vertreten und saßen gemeinsam an einem Konferenztisch.

Die APEC, Ende 1989 in Australien gegründet, ist eine regionale Wirtschaftsorganisation in loser Form. Im Hinblick auf die eigene diplomatische Isolation erhofft sich Taiwan von einer Mitgliedschaft im Forum der APEC nicht nur eine Verbesserung der wirtschaftlichen Stellung im pazifischen Raum, sondern auch eine schrittweise Aufwertung seiner internationalen politischen Position. Neben den genannten drei neuen chinesischen Mitgliedern sind in der APEC zwölf weitere Staaten (USA, Kanada, Japan, Australien, Neuseeland, Südkorea und die sechs ASEAN-Staaten) vertreten, von denen nur Südkorea diplomatische Beziehungen zu Taiwan unterhält. An der Tagung in Seoul nahmen 26 Außen- bzw. Wirtschaftsminister teil. Die 22-köpfige Delegation aus Taiwan wurde von Wirtschaftsminister Xiao Wanchang geleitet. Mit Ausnahme der Delegationen Beijings und Hongkongs hat Xiao während der Tagung Kontakte oder Gespräche mit anderen Delegationsleitern, einschließlich der Außenminister der USA und Japans, aufnehmen können. Aus diesem Grund wurde die Teilnahme in Taiwan als ein diplomatischer Durchbruch gewertet.

Infolge Beijings Anspruch auf politische Alleinvertretung für Gesamtchina wurden sowohl Taiwan als auch Hongkong nur als "Wirtschaftsgebilde", nicht aber als Mitgliedstaaten in die APEC aufgenommen. Taiwan muß sich damit begnügen, in der APEC den Namen "Chinese Taipei" statt "Republik China" zu tragen. Ursprünglich hatte Beijing, das Taipei lediglich als eine lokale chinesische Regierung gelten lassen will, darauf beharrt, Taiwan in der APEC wie auch bei der ADB als "Taipei, China" zu bezeichnen. Darüber hinaus hat Taiwan wegen des Widerstands der Beijinger Regierung seinen Außenminister nicht zur Teilnahme an der APEC-Tagung nach Seoul senden können. Nach Aussagen des chinesischen Außenministers, Qian Qichen, dient die Lösung der Frage der Vertretung Taiwans in der APEC nicht als ein Modell für das gleiche Problem in anderen internationalen Organisationen.